



Foto: adobe stock/ Mauritius Martin

Bei der Bundestagswahl Ende Februar haben die Wähler zwei Stimmen: Mit der Erststimme wählt die Bürgerin oder der Bürger eine Person aus dem eigenen Wahlkreis, mit der Zweitsstimme entscheidet sie oder er über die Landesliste einer Partei.

## Jede Stimme zählt für den Neustart

**Bundestagswahl** Am 23. Februar haben die Menschen in Deutschland die Chance, eine neue Bundesregierung zu wählen. LAND & FORST fragte in der Branche nach, welche Sorgen und Hoffnungen Landwirte bewegen.

**E**ntscheidung am 23. Februar: Dann können die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland vorzeitig ihre Kreuze zur Bundestagswahl setzen. Im Vorfeld der Wahl hörte sich LAND & FORST deshalb in der Landwirtschaft um.

Landwirtinnen und Landwirte und Vertreterinnen und Vertreter der Branche gaben Auskunft darüber, was die größten Herausforderungen für ihren Berufsstand sind, welche Erwartungen sie an die künftige Bundesregierung stellen und

welche Wünsche sie hegen. Dabei scheint eines sicher: In Zeiten wie diesen, in denen Landwirte vielen unterschiedlichen Herausforderungen gegenüberstehen – sei es dem Klimawandel, der Digitalisierung oder dem gesellschaft-

lichen Anspruch an Umwelt- und Tierwohlaspekten – muss die Politik in den Augen der Bauern nun liefern. Die Stimmen aus der Landwirtschaft sind sich einig: Landwirte brauchen jetzt die nötigen Rahmenbedingungen für eine langfristige Planungssicherheit und die Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

**Madeline Düwert**

Dr. Holger Hennies, Präsident des Landvolks Niedersachsen

### Politische Kompetenz bündeln

**U**nsere Berufsstand braucht einen echten Wechsel hin zu einer Standortpolitik für die Landwirtschaft. Landwirtinnen und Landwirte müssen in einem immer enger werdenden Spannungsfeld zwischen steigenden Kosten und hohem Preisdruck arbeiten. Der Wettbewerbsdruck wird durch die ständige Zunahme staatlicher Auflagen und den verminderten Schutz der Agrarmärkte verschärft. Den Weg zu mehr Nachhaltigkeit und mehr Ressourceneffizienz wollen wir weitergehen – wir erwarten dafür eine Hono-

rierung unserer Leistungen, Verlässlichkeit und Verhandlungen auf Augenhöhe. Die politische Kompetenz für die Belange der Land- und Forstwirtschaft sowie der ländlichen Räume sollte daher in einem Ressort der zukünftigen Bundesregierung gebündelt werden. Ein solches „Zukunftsministerium“ sollte die Zuständigkeit für sämtliche Fragen der Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse im ländlichen Raum unter einem Dach bündeln. Ferner muss nach dem Scheitern der Verhandlungen zum



Foto: Finn

Düngegesetz umgehend ein praxistaugliches Düngerecht aufgesetzt werden, das die Fehler des jetzigen Systems

(etwa die Kollektivstrafen, Bürokratieflut und staatliches Mikromanagement) ausräumt.



Foto: Landvolk Niedersachsen

Jörn Ehlers, Vizepräsident des Landvolks Niedersachsen

## Landwirtschaft in den Fokus

**D**er Vorrang für eine vielfältige Ernährung mit tierischen und pflanzlichen Lebensmitteln – am besten aus regionaler Erzeugung – muss von einer neuen Bundesregierung stringent umgesetzt werden. Dazu zählt auch ein einheitliches und verbindliches europäisches System zur Tierhaltungs- und Herkunftskennzeichnung.

Die Möglichkeit für Mitgliedstaaten, verpflichtende Kennzeichnungssysteme einzuführen, muss sofort geschaffen werden. Ich unterstütze die Forderung des Deutschen Bauernverbandes, die Ernährungssicherheit in die Reihe der Schutzgüter des

Grundgesetzes aufzunehmen. Gerade das Geschehen rund um den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche hat uns wieder gezeigt, wie sensibel unsere Märkte sind und dass wir gemeinsam mit der Politik bereits präventiv alles tun müssen, um unsere Unternehmen langfristig zu stärken und Planungssicherheit zu schaffen.

Ich wünsche mir deshalb von einer neuen Bundesregierung, dass die Landwirtschaft stärker in den Fokus rückt. Die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) hat dafür einen passenden Rahmen geschaffen, den es nun umzusetzen gilt.

Lars Ruschmeyer, Vorsitzender vom Bund der Deutschen Landjugend

## Realitätsnah

**D**ie kommende Bundesregierung muss sich mit aller Kraft für die deutsche Landwirtschaft einsetzen und gleichzeitig Nachhaltigkeit und Klimaschutz fest im Blick behalten. Wir brauchen eine Politik, die sich klar zur Tierhaltung und zur konventionellen Landwirtschaft bekennt. In meinen Augen war die Agrarpolitik der vergangenen Jahre



Foto: BDL/Gräschke

lange von ideologischen Wunschvorstellungen geprägt. Sie ging oft am Markt und der Realität der Höfe vorbei. Entscheidend ist jetzt eine glaubhafte und verlässliche Politik, damit sich die Menschen von den Parteien der Mitte abgeholt fühlen und nicht die leeren Versprechungen populistischer und extremer Ränder wählen.

Mitmachen

## Wahl-O-Mat für Landwirte

**S**ind Sie noch unsicher, welcher Partei Sie bei der Bundestagswahl Ihre Stimme geben möchten? Dann finden Sie als Entscheidungshilfe auch das interaktive Wahltool „Agrar-O-Mat“ bei der LAND & FORST online, das speziell für Landwirte und landwirtschaftlich Interessierte ausgelegt ist.

24 agrarpolitische Thesen können im Agrar-O-Mat mit „stimme zu“, „stimme nicht zu“, „neutral“ oder „These überspringen“ beantwortet werden – dann wird ausgewertet, welche Partei der eigenen agrarpolitischen Position am nächsten kommt. Zu diesen Thesen gehören zum Beispiel die Abschaffung der Agrardiesel-Vergünstigung durch die Ampel-Koalition oder die Jagd auf den Wolf. Auch das Freihandelsabkommen der EU mit dem Mercosur-Raum und die Förderung von Junglandwirten wurden in den Thesenkatalog aufgenommen.

en



Ina Steveker, Vorsitzende der Niedersächsischen Landjugend e.V.

## Zukunft gestalten: Demokratie ist alternativlos

**V**on der Agrarpolitik wünsche ich mir, dass sie verlässliche Rahmenbedingungen schafft, damit Landwirtschaft in Niedersachsen wettbewerbsfähig und zukunftssicher sein kann. Planungssicherheit mit langfristigen Förderpro-

grammen ist essenziell. Auch der Erhalt und die Förderung einer nachhaltigen und vielfältigen Tierhaltung spielt für die regionale Landwirtschaft eine Rolle. Bürokratieabbau, etwa in Form von Digitalisierung und Vernetzung von Verwal-

tungsprozessen, ist wichtig, damit Landwirte wieder mehr Zeit am Tier und auf dem Feld verbringen können. Und grundsätzlich: Demokratie ist alternativlos – jeder sollte dieses Privileg nutzen, um die eigene Zukunft zu gestalten.



Foto: nlfj

Martin Grubert, Vorsitzender der Niedersächsischen Landjugend e.V.

## Stimme zählt

Von der künftigen Regierung wünsche ich mir Perspektiven für den ländlichen Raum. Planungssicherheit, um die Zukunft der Betriebe zu sichern sowie Bürokratieabbau und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sind ein großer Teil der Lösung. Um auch jungen



Foto: nj

Menschen, die nicht in der Landwirtschaft oder in Unternehmen auf dem Land tätig sind, eine Bleibeperspektive zu bieten, sind etwa der Breitbandausbau, um Homeoffice zu ermöglichen, sowie bezahlbare und flexible Mobilitätslösungen nötig. Dazu gehört die Kostensenkung für Führerscheine und eine vereinfachte Genehmigung bestehender Sonderregelungen, um auch vor dem 18. Lebensjahr alleine mit dem Auto den Ausbildungsplatz zu erreichen.

Es ist ein Privileg, aktiv mit seiner Stimme die eigene Zukunft mitzugestalten. Demokratie lebt vom Mitmachen – jede Stimme zählt, um gemeinsam Veränderungen zu schaffen.

Ina Janhsen, Präsidentin des Niedersächsischen LandFrauenverbandes Weser-Ems e.V.

## Herausforderungen im ländlichen Raum angehen

Von der neuen Bundesregierung erwarte ich, dass sie sich den Herausforderungen in ländlichen Räumen konkret und konsequent annimmt. Medizinische Versorgung, Breitbandausbau, Mobilität sind in diesem Zusammenhang nur einige Stichworte, die wir immer wieder anmahnen müssen. Das ehrenamtliche Engagement ist eine tragende Säule für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in ländlichen Regionen und muss stärker unterstützt werden. Dazu gehört der Abbau bürokratischer Hemmnisse, eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts und die Honorierung von Engagement (zum



Foto: Niedersächsischer LandFrauenverband Weser-Ems e.V.

Beispiel die Anhebung der Ehrenamtszuschale).

Mit Blick auf die Landwirtschaft erwarte ich von der neuen Regierung den vielfach versprochenen Bürokratieabbau endlich

umzusetzen, damit Landwirtinnen und Landwirte wieder mehr Zeit für ihre Arbeit auf dem Feld und in den Ställen haben. Damit würde die Hofübernahme für die nachwachsende Generation deutlich attraktiver werden.

Darüber hinaus benötigen wir eine Agrarpolitik, die Frauen in der Landwirtschaft gezielt stärkt. Sie übernehmen auf den Höfen vielfältige Aufgaben und tragen entscheidend zum Einkommen bei. Dennoch fehlt es an einer angemessenen Absicherung, finanzielle Unabhängigkeit und gesellschaftlicher Anerkennung. Hier muss dringend etwas getan werden.

Elisabeth Brunkhorst, Präsidentin Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover e. V.

## Eine Bewährungsprobe für die Demokratie

Politik muss dringend zu einem sachlichen Diskurs zurückkehren. Nur wenn wir uns auf die Demokratie zurückbesinnen, können wir Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit finden. Insofern ist die Bundestagswahl für mich eine große Bewährungsprobe der Demokratie, der ich mit nicht geringer Sorge entgegen sehe.

Über die Wahl hinaus muss die Demokratie stärker gefördert werden, dazu gehören unter anderem niedrigschwellige Programme zur Demokratieförderung in ländlichen Räumen. Auch in den sozialen Medien muss Hass unbedingt verfolgt werden.

Weitere Themen, die mir auf den Nägeln brennen: Geburtsstationen und Kreißsäle müssen erhalten bleiben, häusliche Pflege muss finanziell aufgewertet werden,

aufgrund der Zunahme häuslicher Gewalt muss dringend ein Gewalthilfegesetz her, es muss ausreichend Geld für Frauenhausplätze bereitgestellt werden. Wichtig ist mir auch eine deutlich stärkere

geschlechtergerechte Sichtweise im Gesundheitswesen.

Um die Landwirtschaft und die Wirtschaft insgesamt zu stärken, braucht es unbedingt einen spürbaren Bürokratieabbau.



Foto: Marie-Christin Pratsch/Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover e. V.

Anneke Eggers, Ackerbäuerin und stellvertretende Vorsitzende Junglandwirte Niedersachsen

## Wählen und Demokratie stärken

**D**efinitiv werde ich wählen gehen. Die Angriffe auf unsere Demokratie von außen und innen nehmen besorgniserregend weiter zu. Ich möchte auch in Zukunft frei und selbstbestimmt leben. Daher ist es wichtig, an jeder Wahl teilzunehmen und die demokratischen Parteien zu unterstützen. Auch wenn es keine Partei gibt, mit der ich vollständig übereinstimme, werde ich diejenige demokratische Partei wählen, die am meisten mit meinen Überzeugungen im Einklang steht. Ich appelliere an alle Junglandwirtinnen und Jung-



Foto: Kolle

landwirte: Geht wählen. Denn jede fehlende Wahlstimme schwächt unsere Demokratie und ist automatisch eine Stimme für die extremistischen Parteien. In puncto

Landwirtschaft sind für uns die Themenfelder Zukunftsperspektiven und langfristige Planungssicherheit sowie Bürokratieabbau und faire Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU zentrale Themen, die wir gegenüber der Politik unermüdlich immer wieder vorbringen. Die neue Bundesregierung muss hier endlich zu deutlich wirksamen Ergebnissen kommen.

Anneke Kreißig, Sauenhalterin und stellvertretende Vorsitzende der Junglandwirte Niedersachsen

## Politik aus und für die Praxis

**A**ls landwirtschaftliche Unternehmerin mit nur 13 Jahren Berufserfahrung stelle ich ernüchtert fest, wie langsam und praxisfern die Mühlen der Politik mahlen. Beispiel Tierhaltungskennzeichnungsgesetz: Es brauchte drei Legislaturperioden, um ein Gesetz zu verabschieden, dass am Ende nicht zur Praxis passt. Zwischenzeitlich hat der Handel in kürzester Zeit eine eigene Kennzeichnung der Haltungsformen umgesetzt. Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Wir Jungland-



Foto: Kolle

wirtinnen und Junglandwirte fordern, dass die Politik bei der Gestaltung landwirtschaftlicher Rahmenbedingungen die Belange der Praxis endlich berücksichtigt. Vorgaben, die

sich widersprechen beziehungsweise nicht umsetzbar sind, gefährden längst ernsthaft unsere Betriebe. Als Junglandwirte ist es hingegen unsere Aufgabe, nicht nur im Wahlkampf, sondern regelmäßig den Kontakt zu Abgeordneten zu pflegen und unsere Belange zu erklären. Und: Als überzeugte Demokratin gehe ich selbstverständlich wählen.

Philip Freiherr von Oldershausen, Präsident des Niedersächsischen Waldbesitzerverbandes

## Für die Zukunft der Forstbetriebe

**E**ine jede Stimme zählt und beeinflusst die zukünftige Richtung des Landes: Um die Zukunft unserer Forstwirtschaft zu sichern, müssen bürokratische Hürden abgebaut und zusätzliche Einkommensquellen ermöglicht werden (etwa Windenergie über Wald). Es ist weiterhin eine intensive Förderung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse notwendig, um Nachteile des kleinstrukturierten Privatwaldes auszugleichen. Überregulierungen im Umwelt- und Naturschutz sind zu vermeiden, um Privateigentum zu schützen. Die



Foto: AGDW

Verfügungsfreiheit über ihre Flächen bildet die Grundlage für den Erhalt der Familienbetriebe. Die Regierung muss daher die Nachhaltigkeit mit Ökonomie, Ökologie und So-

ziales ausgewogen gestalten. Besonders dringlich ist eine bürokratiearme Umsetzung der EUDR-Verordnung, um Waldbesitzende vor übermäßigen Nachweispflichten zu bewahren. Eine Nullrisiko-Kategorie ist hier unverzichtbar. Deutschland weist laut BWI4 kein Entwaldungsrisiko auf – dennoch drohen ab 2025 erhebliche Belastungen, die es zu verhindern gilt.

## AEF: Weichenstellung ist jetzt für eine Transformation nötig

**D**as Agrar-Ernährungsforum Nord-West e.V. (AEF) betont die Notwendigkeit einer nachhaltigen Transformation der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft in Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl. Notwendig seien verbesserte politische und regulatorische Rahmenbedingungen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Branche langfristig zu sichern, schreibt das AEF in seinem Positionspapier. Dabei stehen ideologiefreie Diskussionen, Innovationsförderung und ein verlässlicher Ordnungsrahmen im Mittelpunkt. Drei wichtige Punkte im Papier:

- Klare Rahmenbedingungen, die die Innovations-

und Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft sichern. Dazu gehören verkürzte Genehmigungsverfahren und EU-weite Standards.

- Die Transformation der Branche soll Tierwohl, Sozialstandards und den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck berücksichtigen. Eine realistische Neubewertung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prioritäten ist notwendig. Marktwirtschaftliche Instrumente statt Überregulierung.

- Die Politik soll die Transformation durch marktwirtschaftliche Ansätze und Innovationskraft fördern, statt die Branche durch praxisferne oder nationale Alleingänge weiter zu belasten.

PM/red